

Protokoll:

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann gibt zu Protokoll, dass Rm Mühlbauer (SPD) nicht an der Beratung und Beschlussfassung gemäß §22 GemO teilnehme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hält nachfolgende Rede:

„Die hier heute anstehende Entscheidung ist aus meiner Sicht eine Jahrzehntentscheidung vergleichbar mit der Bedeutung der Grundsatzentscheidung zur Bundesgartenschau, zum Zentralplatz und zum KEVAG Kauf. Warum?

Zunächst einmal von der Größe des Unternehmens. Wenn wir das Gemeinschaftsklinikum mit seinen 1800 Arbeitsplätzen und das Stift mit seinen ebenfalls 1800 Arbeitsplätzen zusammenlegen, dann entsteht ein großes städtisches Beteiligungsunternehmen mit 3600 Arbeitsplätzen. Aber auch von der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmens her, denn die Gesundheitswirtschaft ist ohne Frage eine der zentralen Wirtschaftsbranchen unserer Stadt mit rund 10.000 Arbeitsplätzen; darunter fünf Krankenhäusern in unserer Stadt, die zugleich Ausdruck der Stahlkraft des Oberzentrums Koblenz sind. Viele Menschen kommen zu uns in die Stadt, nicht zuletzt wegen der guten Infrastruktur des Gesundheitssektors, auch im Krankenhausbereich. Und nicht wenige Menschen ziehen auch in diese Stadt wegen der Infrastruktur. Die Tatsache, meine Damen und Herren, dass wir nach der jüngsten Einkommensstatistik gerade noch 211 Einwohner von der 110.000- Marke entfernt sind, zeigt wie positiv sich unsere Stadt auch auf diesem Sektor entwickelt hat. Das hier in Rede stehende Thema ist auch deswegen von einer ungeheuer großen Bedeutung, weil wir von einer Investitionsentscheidung sprechen; alleine hier am Standort in Koblenz von 74 Millionen Euro zuwendungsfähige Kosten. Meine Damen und Herren, auf diesem Sektor besteht dringender Handlungsbedarf. Alle hier im Raum erinnern sich an die Tatsache, dass wir im Jahre 2011 drohten mit dem konsumtiven Haushalt des Gemeinschaftsklinikums in die roten Zahlen zu rutschen. Das wäre auch nicht erstaunlich, denn im Augenblick müssen wir feststellen, dass mehr als 50% der Krankenhäuser in Deutschland defizitär sind. Das ist eine hochgradig Besorgnis erregende Entwicklung, die allen Anlass gibt sich über die Krankenhausfinanzierung grundsätzlich Gedanken zu machen. Aber es gab auch einen besonderen Handlungsbedarf hier in Koblenz. Die Banken wollten in dieser Phase die Kassenkredite nicht mehr verlängern und es entstand die Notwendigkeit für Notmaßnahmen, die der Aufsichtsrat des Gemeinschaftsklinikums unmittelbar auch ergriffen hat. Wir können feststellen, dass diese Maßnahmen erfolgreich waren. Sie haben gewirkt. Wir können feststellen, dass die Zahlen für das zurückliegende Jahr 2013 ordentlich zu sein scheinen und wir uns auch im Augenblick im ersten Quartal des Jahres 2014 in einer gesunden Entwicklung befinden, sodass man zu der Fehleinschätzung kommen könnte, es wäre alles gerichtet und wir könnten so weiter machen.

Dem gegenüber allerdings müssen wir feststellen, dass niemand weiß wie lange diese positive Entwicklung, die mit den erzielten Maßnahmen ergriffen worden sind, anhalten wird. Und vor allen Dingen wissen wir, dass auf der Basis der jetzigen Haushaltssituation des Gemeinschaftsklinikums die Sanierung des Bettenhauses am Kemperhof aus eigenen Mitteln nicht finanzierbar ist und wiederum ohne die Sanierung des Bettenhauses der Kemperhof als Bestandteil des Gemeinschaftsklinikums dieses mittelfristig nicht konkurrenzfähig ist. In dieser Situation haben wir in den zurückliegenden Jahren Alternativen zu der heute anstehenden Fusion geprüft und festgestellt, dass diese Alternativen eindeutig die schlechteren Lösungen wären. Es

wäre natürlich denkbar, dass wir keine strukturellen Maßnahmen ergreifen, was zur Folge hätte, dass irgendwann, wenn der konsumtive Haushalt dann wieder schief läuft oder wir eben die Bauinvestitionen zu finanzieren haben, dieses nur mit einem erheblichen zweistelligen Millionenzuschuss der kommunalen Träger zu realisieren wäre. Damit würden wir all das, was wir in den letzten Jahren erfolgreich in Gang gebracht haben in Sachen Haushaltskonsolidierung mit einem einzigen Projekt gefährden. Wir haben uns deswegen auch mit der Alternative beschäftigt, ob eine Privatisierung oder Teilprivatisierung des Gemeinschaftsklinikums zu verfolgen wäre. Ich gebe zu, unter dem Gesichtspunkt der Kämmerei, eine durchaus verlockende Perspektive. Wir hätten Geld bekommen und gleichzeitig Risiken gemindert. Aber diese Alternative wäre ohne Frage schlecht für die Gesundheitsversorgung, denn man muss sich immer darüber im Klaren sein, dass der kammerale Erfolg der Privatisierung dem Grunde nach auf einem ganz einfachen Rezept basiert. Der Privatier durchleuchtet das Finanzkonstrukt und trennt sich von allen unwirtschaftlichen Abteilungen und behält nur die Profitablen, mit dem Ergebnis, dass über kurz oder lang das Krankenhaus entkernt worden wäre um all jene Abteilungen, die nicht Gewinnbringer sind und damit die Gesundheitsvorsorge für die breite Masse der Bevölkerung nicht mehr gewährleisten würde. Dasselbe gilt für die Arbeitsplätze.

Die Privatisierung von Krankenhäusern, das sehen wir im ganzen Land, führt regelmäßig zu einem deutlichem Abbau von Arbeitsplätzen in Folge der Wegrationalisierung von ganzen Abteilungen. Ein Grund weshalb diese Privatisierungen überall in Deutschland nur gegen erheblichen Widerstand der Bediensteten, der Betriebsräte und der Gewerkschaften durchsetzbar sind, wenn überhaupt. Aus diesem Grund haben wir diesen Verlockungen aus kammeraler Sicht widerstanden und uns stattdessen gemeinsam auf den Weg gemacht, einen Partner zu finden, mit dem wir gemeinsam auf mittlere Sicht gut aufgestellt sind. Warum meine Damen und Herren ist das gegeben, wenn es nun zu der Fusion zwischen dem Gemeinschaftsklinikum und dem Stift kommt? Zunächst einmal deswegen, weil wir nach Fusion mit den 5 Häusern, den 2 kommunalen bisherigen und den 3 des Stiftes, uns künftig keine Konkurrenz mehr machen, sondern zwischen den 5 Häusern Arbeitsteilung herrscht. Das entsprechende medizinische Konzept, fachlich abgestimmt, liegt dazu vor. Zugleich ist damit nicht verbunden Abteilungen abzubauen, sondern mit der neuen fusionierten Großklinik den Status eines Komplettversorgers zu erreichen, in dem alle Segmente der medizinischen Versorgung in einem Unternehmen angeboten werden können. Dass heißt, aus mittlere Sicht ist die Perspektive nicht „Abbau von Arbeitsplätzen“ sondern „Strategische Sicherung von Arbeitsplätzen“, sogar Chancen des Ausbaus von Arbeitsplätzen. Die Fusion bringt zudem die Chance der Optimierung der Bauvorhaben, die insbesondere an beiden Standorten bisher solo geplant waren. Unter den Bedingungen der Fusion ist nicht mehr alles notwendig was sonst einzeln an beiden Standorten notwendig gewesen wäre. Dadurch entsteht zunächst einmal ein geringerer Finanzierungsbedarf, auch aus Sicht des Landes. Das Land hat zu jedem Zeitpunkt deutlich gemacht, schon im Gespräch mit der damaligen Sozialministerin Malu Dreyer, dass sie den Weg der Privatisierung nicht unterstützen würde, den der Kooperation oder Fusion aber gerne, und uns deswegen ermutigt, diesen Weg mitzugehen und uns in Aussicht gestellt hat, dieses auch mit guten Mitteln zu unterstützen. Wir haben zwischenzeitlich Übereinstimmung erzielen können, wie diese Unterstützung aussehen wird. Ich bin in der glücklichen Lage Ihnen heute eine Vereinbarung, die der Sozialminister Alexander Schweitzer gestern zusammen mit den Geschäftsführern des Gemeinschaftsklinikums und des Stiftes unterschrieben hat, präsentieren zu können. Danach sieht es so, dass zwischen dem Land und uns Übereinstimmung dahingehend besteht, dass ein Neubau mit 137 Betten am Standort des Kemperhofes zugleich mit der Sanierung der Bettenhäuser im Stift und im Kemperhof unterstützt werden kann. Dieses führt nach beidseitiger Überzeugung zu zuschussförderfähigen Kosten von 74,3 Millionen Euro, die meine Damen und Herren, in dieser Vereinbarung ausdrücklich,

schriftlich unterschrieben indiziert werden. Ich zitiere aus der Vereinbarung: „Ändert sich der Wohnungsgebäudeindex des statistischen Bundesamtes insgesamt bis zu Beginn und während der Bauzeit sind auch die gemäß diesem Index angepassten höheren Kosten förderungsfähig.“

Dies ist ein ganz wichtiger Punkt bei einem Bauprojekt von dem wir heute wissen, dass es geplant 7 Jahre dauern wird. Meine Damen und Herren, das Land hat sich verpflichtet diese förderungsfähigen Kosten mit rund 60 Millionen, präzise 59,45 Millionen Euro zu unterstützen.

Und so wie die Verhandlungen mit dem Land über die Höhe der Zuschüsse ein entscheidender Eckpunkt waren, war genauso wichtig, in welchem Zeitraum die Mittel fließen werden. Denn es wäre wenig gedient, wenn die Raten in denen das Land bezahlt so gering sind, dass die ganze Angelegenheit so weit gestreckt wird, dass das fusionierte Unternehmen Zwischenfinanzierungskosten haben wird. Das Land hat sich verpflichtet, die in Rede stehende Unterstützung über einem Zeitraum von acht Jahren zu gewährleisten. Dass bedeutet für die reale Bauzeit, sodass uns keine weiteren Zwischenfinanzierungskosten entstehen werden. Dies ist sehr positiv zu bewerten. Ich möchte mich deswegen bei der Landesregierung, insbesondere beim Sozialminister Alexander Schweitzer und beim Staatssekretär David Langner, in aller Form für diese sachgerechten und guten Verhandlungsergebnisse und klaren Zusagen, angesichts der heute anstehenden Entscheidung, herzlich bedanken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen dem Grundsatzbeschluss, die Verwaltung zu beauftragen sich auf den Weg zu machen, und dem heutigen Beschluss sind schwierige Verhandlungen gewesen, von denen ich aus heutiger Sicht unter zugrunde Legung meiner mittlerweile 40-jährigen Berufserfahrung in der Verwaltung sagen möchte: Es war das schwierigste Projekt an dem ich bisher mitarbeiten durfte und musste. Dafür spricht vor allem folgendes Problem- wir hatten hier etwas zu lösen, was es bisher in Deutschland noch nirgendwo an anderer Stelle als Lösungsmodell gab. Wir hatten das Strukturproblem, ein öffentlich-rechtliches, kommunales Krankenhaus zusammenzuführen mit einem kirchlichen System, und das auf Augenhöhe. Es hat schon Fusionen gegeben, wo der eine den anderen geschluckt hat. Es hat aber noch kein Modell gegeben, wo dieses exakt im Modell 50-50, als auf Augenhöhe, geschieht. Warum diese 50-50? Weil die beiden Teile, die hier zusammengefügt werden sollen, von ihrer Arbeitsplatzbedeutung her, wie erwähnt mit jeweils 1800 Arbeitsplätzen, gleichrangig sind. Weil sie von ihrer Unternehmensbewertung, bis auf die Kommastelle, gleichrangig sind (wie das Fachgutachten der BDO herausgearbeitet hat) und sogar im Hinblick auf den singulären Baubedarf bei Kemperhof und Stift mit jeweils singulär rund 60 Millionen gleichrangig sind. Daher war klar, die Fusion wird nur gelingen, wenn nicht der eine 50,1 und der andere 49,9 sondern am Ende beide 50-50 dastehen, mit der Folge, dass man für die Strukturfragen eine Lösung braucht, bei der sich beide wieder finden. Wir haben eine Lösung gefunden, die vor allem auf folgenden Eckpunkten besteht: Die neue Einheit soll eine freie, gemeinnützige Gesellschaft werden unter dem Dach der Diakonie. Das fusionierte Klinikum soll ethisch dem Gedanken der christlichen Nächstenliebe verpflichtet sein ohne aber dass dieses im Umkehrschluss dazu führt, dass Nichtchristen etwa nicht behandelt würden oder Nichtchristen keine Einstellungschance in diesem Unternehmen hätten. Zugleich sind wir uns einig geworden, dass für das fusionierte Unternehmen die Tarifvertragsvorschriften des TVÖD und der Ärzte gelten sollen und die Mitbestimmungsregelungen des Betriebsverfassungsgesetzes. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen mit Recht sagen, die hier gefundene Lösung ist nach unserem Kenntnisstand bundesweit einzigartig. Wir sind stolz auf diese Lösung, vor allem weil sie Regelungen enthält die gut sind für die Belegschaft. Denn wir wollten unter keinen Umständen, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gemeinschaftsklinikums zumuten sich dem kirchlichen Arbeitsrecht unterwerfen zu müssen. Und genauso wichtig war uns, dass in dem neuen Unternehmen die Mitbestimmung, wie wir sie im Allgemeinen kennen ohne wenn und aber

praktiziert wird. Deshalb gibt es nicht nur in Belegschaft sondern auch bei den Betriebsräten, auch in der Mitarbeitervertretung des Stiftes viele Sympathien. Ich denke, dass dies auch für die Gewerkschaften gilt, insbesondere für die Komba und Verdi mit denen wir viele Gespräche geführt haben.

Wie geht es nun weiter? Nach den heutigen Beschlüssen des Stadtrates wird am Montag der Kreistag befasst. Wir können aber erst zum Notar, wenn wir auch die Zustimmung, zumindest kein Veto, des Bundeskartellamtes haben. Wir gehen davon aus, dass dieses kein Problem bereiten wird. Und auch die Zustimmung der Kommunalaufsicht müsse abgewartet werden, die ich nach dem jetzigen Stand unserer Beschlussvorlagen nicht mehr für ein Problem halte. Dass heißt mit anderen Worten, wir werden jeden Falls noch vor der Sommerpause zum Notar gehen können, um dann rückwirkend zum 01.01.2014 die Fusion in Kraft zu setzen.

Meine Damen und Herren, ich habe einmal in der Presse gelesen, wenn dieses große Reformvorhaben durchgewunken werde vom Stadtrat und Kreistag, dann wäre ja alles klar. Ich möchte an dieser Stelle den Begriff des „Durchwinkens“ ausdrücklich zurückweisen. Der Sachverhalt ist ein völlig anderer. Wir haben uns mit dem in Rede stehen Komplex in den letzten Jahren in nahezu jeder Stadtratsitzung, in jeder Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, in unendlich vielen Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung äußerst intensiv beschäftigt. Es gab Informationsveranstaltungen für Stadtrat und Kreistag gemeinsam mit unseren Beratern. Es wurden unendlich viele Anfragen einzelner Ratsmitglieder durch die Projektleitung beantwortet. Man kann mit Recht sagen, dieses Projekt ist in absoluter enger Kooperation zwischen Verwaltung und Stadtrat beschlossen, voran getrieben und am Ende, wie ich meine, zu einem guten Ergebnis gebracht worden. Deshalb bedanke ich mich in aller Form bei allen Beteiligten auch hier im Stadtrat.

Rm Keul- Göbel (BIZ) bedankt sich für die Rede. Aus der vom Stadtrat beschlossenen Kooperation sei nun eine Fusion geworden. Die Fusion sichere die Zukunft im Bereich des Krankenhauswesens. Die Landeszuschüsse seien ein hervorragender Erfolg. Sie hofft, dass die Fusion der Stadt und dem Landkreis Anregung sei auch in anderen Bereichen gemeinsam gute Ergebnisse zu erzielen.

Rm Biewer (CDU) dankt Beigeordnetem Knopp, allen Geschäftsführern und den beteiligten Mitarbeitern. Es sei nicht einfach gewesen ein solch gutes Ergebnis zu erreichen. Mit der Fusion und der Unterstützung des Landes könnten die notwendigen Investitionen gestemmt werden und die Arbeitsplätze gesichert werden. Die Bevölkerung von Koblenz und der Umgebung könne weiterhin hervorragende medizinische Leistungen erwarten.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann führt aus, dass die größte Sorge den Mitarbeitern und ihren Arbeitsplätzen galt. Man sei sehr froh zu wissen, dass auch der Betriebsrat und die Gewerkschaften mit dem Ergebnis sehr zufrieden seien. Das gute Verhandlungsgeschick des Oberbürgermeisters sei ausschlaggebend gewesen.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) spricht ebenfalls seinen Dank aus. Die Landesmittel seien ein Erfolg. Das fusionierte Klinikum sei auch Vorbild über die Region hinaus. Als Maximalversorger würden Synergieeffekte genutzt, die allen zu Gute kommen würden, sowohl Mitarbeitern als auch Patienten. Die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde heute mit Überzeugung zustimmen.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke schließt sich seinen Vorredner an und dankt ebenfalls für die gute Arbeit.

Rm Pilger (SPD) ergänzt, dass bei den Gesprächen betont wurden sei, auch die heute schon gute Kooperation mit dem BWZK (Bundeswehrzentral Krankenhaus) weiter auszubauen.

Rm Bordelle (FDP) bedankt sich bei Herrn Kruse, der als Berater durch die Arbeiten geführt habe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bedankt sich ebenfalls bei Herrn Kruse und Herrn Schmitt. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt abstimmen. Er stellt fest, dass der Stadtrat der Stadt Koblenz der Fusion einstimmig ohne Stimmenthaltungen zugestimmt hat.